

entgegenzukommen,

Verkauf

29. Januar.

Nachf.

Schwann.

komme Frühjahre wieder alle

ensämereien

robiciten Sorten mit höchster Re-

nen und Stedzwiebel.

quelle, da ich nur für unsere Ge-

ten für Neuenbürg bei Hrn. W.

ie, für Vircenfeld bei Hrn. Herrn

Carl Gantner,

erei, Baumschulen und Samen-Handl.

h-Verkauf.

Vom kommenden

tag, den 20. ds. Wts.,

mittags 1 Uhr ab,

steht in

lungen in Wildberg

hr großer Transport

erfisklassiger, starker, jung

Milchkühe, hochträchtige

Kühe, sowie schwerer, hoch

stiger Kalbinnen

wozu Kaufliebhaber freundlichst einl.

a Löwengardt

mann Hopfer,

on Wildberg Nr. 7.

unter 25 Stüd. Das Vieh stand

chtung!

Benötigen Sie

ions- und Hochspannungsmater

, Dynamos, Heiz- und Kochap

ente, gleich welcher Stromart

Holzbearbeitungs- und landw

chinen aller Art und deren Erl

Sie sich vertrauensvoll an

aerr, El. Techn., Höfen a.

Begungspreis:
Hinterlassenschaft in Neuenbürg A. 18.75. Durch die Hof im Ort- und Oberamt-Bericht sowie im hiesigen inländ. Bericht A. 18.80 m. Polbeil. S. 2. d. V. von hiesiger Gemeindefürsorge auf Kosten der Gemeinde im Auftrag der Verwaltung des Begungspreises.

Bestellungen nehmen alle Postämter, in Neuenbürg außerdem die Kundträger jederzeit entgegen.

Extrakt Nr. 24 bei den Oberamts-Spartafest Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung. Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Ercheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Druck und Verlag der K. Weid'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom), für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Nr. 16 Neuenbürg, Freitag den 21. Januar 1921. 79. Jahrgang.

Deutschland.

Stuttgart, 20. Jan. Der Gewerbeverein Deutscher Metallarbeiter (Hirsch-Duncker) beschäftigt sich in einer Vertrauensmännerkonferenz mit der derzeitigen Lage der Arbeiterschaft. Bezirksleiter Fuchs und Geschäftsführer Kändler beauftragten die Gegenwartsfragen an Hand der von der Stuttgarter Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes aufgestellten 5 Punkte und die Forderungen des A.M.V. an die sozialistischen Organisationen. In übereinstimmender Weise kam zum Ausdruck, daß die Arbeiterschaft zu Handlangerdiensten für parteipolitische Experimente keine Veranlassung habe. Solche Dinge bedeuten eine Verminderung des Einflusses der Arbeiterschaft in der Verfolgung ihrer wirtschaftlichen Ziele. Die Hirsch-Duncker'schen Gewerbevereine sind parteipolitisch unabhängig und religiös neutral und verwerfen jeden Terror. Es konnte eine bedeutende Mitgliederzunahme festgestellt werden.

Heidelberg, 20. Jan. Bei der Reichsgründungsfeier der Universität teilte der Rektor unter mit, daß ein Tagebuch des Großherzogs Friedrich I. von Baden, welches seine Beziehungen zu Bismarck in den Tagen der Reichsgründung behandelt, herausgegeben werden soll.

Berlin, 20. Jan. Der Hauptantrag des Reichstags hat gestern Beträge in Höhe von 950 Millionen Mark für Förderung des Wohnungsbauwesens bewilligt. — Wie das „Berliner Tageblatt“ erfahren haben will, fand gestern eine umfassende Konferenz der Vorstände der freien Gewerkschaften und der Betriebsräte über die Frage der Einleitung einer großen Aktion zur Behebung der Arbeitslosigkeit und der allgemeinen Notlage der Arbeiterschaft statt. Im Vordergrund stand das Problem der Wöschung von Arbeitslosigkeit. — Das deutsche Stahl-Syndikat hat an den Reichstagsrat den Antrag auf Erhöhung der Kollisionspreise um 50 bis 55 Prozent gestellt. — In Weidenburg-Edewert hat die sozialdemokratische Landtagsmehrheit eine nur aus Sozialdemokraten bestehende Regierung gewählt. — In der gestrigen Sitzung der Hamburger Bürgererschaft machte der demokratische Abgeordnete Bünzel interessante Mitteilungen über den wiedererlebenden Verkehr im Hamburger Hafen.

Bremen, 20. Jan. Der Volksbund „Rettet die Obere“, Bremen, teilt mit, daß er durch den Oberbayerischen Generalanwalter darüber in Kenntnis gesetzt ist, daß das französische Kriegsministerium sämtliche bayerischen Strafgefangenen aus dem Depot Avignon in die Heimat entlassen hat, indem es den Bayern „Strafurlaub“ gewährte. (Strafurlaub, wie gnädig! Die Bayern werden wissen, was sie gegenüber solchen französischen „Bergünstigungen“ zu tun haben. Schrifftl.)

Die verlagte Reichsgetreidestelle.

Der Arbeitgeberbund für das Fuhr- und Transportgewerbe in Weidenburg hat bei der Staatsanwaltschaft eine Strafanzeige gegen das Direktorium der Reichsgetreidestelle eingereicht, weil diese den Verbrauchern von Hafer durch die Kommunalverbände Hafer alter Ernte zum Preis von 160 Mark pro Htr. anbietet und so die Kommunalverbände zwingt, den Verbrauchern diesen Preis zu berechnen. Die Reichsgetreidestelle hat aber diesen Hafer i. J. 1920 zum damaligen Höchstpreis von 23 bzw. 25 Mark angekauft. Nur im freien Handel hat sie höhere Preise bezahlt. In gleicher Richtung bewegt sich bekanntlich auch eine Anfrage des Bauernbundes im Württ. Landtag. Man darf es also den Landwirten nicht übel nehmen, wenn sie gegen diese Geschäftspraxis der Reichsgetreidestelle Sturm laufen.

Die Steuerfrage.

Berlin, 19. Jan. Im Steuerantrag des Reichstags machte Reichsfinanzminister Wirth Mitteilung über die bei der letzten Konferenz der Finanzminister ausgesprochenen Wünsche. Darnach soll in dem Gesetz, in dem die neuen Steuerungsanlagen festgelegt werden, gesagt werden, daß die Abgabenleistungen, die den Ländern und Gemeinden erwachsen, vom Reich bezahlt werden. Die Reichsregierung vertrete die Anschauung, daß den Ländern eine einmalige Zuzahlung vom Reich gegeben werden soll, damit sie in den Stand gesetzt werden, die Aufbesserungen auszu zahlen zu können. Den Gemeinden Zuzahlungen zu machen, würde ins Uferlose führen. Jedenfalls müßte der Reichstag zur Aufbringung weiterer Mittel erhebliche Steuererhöhungen machen. An der Erhöhung bereits eingeführter oder auch neuer indirekter Steuern werde kaum vorüberkommen sein. Auswärtige Momente spielten hier hinein. Ein Gesetzentwurf über die Erhöhung der Postgebühren werde demnächst vorgelegt, ein solcher über die Erhöhung der Fernsprechnetgebühren werde folgen. Der Antrag des Unterausschusses, den Paragraph 43 des Reichsnotopfers zu erweitern, und die Frist vom 31. Dezember 1920 bis 31. Januar 1921 zu verlängern, wurde angenommen, ebenso ein Antrag auf weitgehende Vereinfachungen durch Annahme von Schabensweisungen und von Kriegsanleihen.

Reichsfinanzminister a. D. Gothein über Oberschlesien.

Der kürzlich aus Oberschlesien ausgewiesene Reichsfinanzminister a. D. Gothein berichtet im „Berliner Tageblatt“ über die Einbrüche, die er in Oberschlesien empfangen hat. Er schreibt, daß für den Fall der Angliederung an Polen die Ausfichten des ober-schlesischen Kohlenbaus unangenehm trübe seien und daß über die dortige Eisenindustrie die Katastrophe hereinbrechen würde. Rußland, das einzige Absatzgebiet für die

polnische Eisenindustrie, sei jetzt von Polen abgetrennt. Der in Polen und Galizien herrschende Arbeitsmangel würde durch den Zusammenbruch der Industrie eines an Polen fallenden Oberschlesien noch vernebelt werden und dadurch würde eine noch größere Arbeitslosigkeit in Polen hervorgerufen, das bereits jetzt jährlich für über 700 000 Wanderarbeiter, sogen. Sachseingänger, kein Brot habe. Gothein bezeichnet es als einen Irrtum, wenn die Polen hoffen, sich an dem Reichtum Oberschlesien geistig zu machen. Sie könnten es nur mit in den Abgrund ziehen. Wenn die Polen Oberschlesien erziehen, so erwirten sie damit den Todesstoß für ihre eigene Industrie, nur daß erheerter auch damit ruiniert würde.

Deutschlands Zahlungsverpflichtung.

Wie aus Paris gemeldet wird, vertritt Staatssekretär Bergmann bei den alliierten Sachverständigenverhandlungen, die in der Hauptsache darin bestehen, daß Deutschland außer den Zahlungen in Produktion noch eine Jahresleistung von drei Milliarden Goldmark leisten soll, mit Entschiedenheit den Standpunkt, daß Deutschland gegenwärtig außerstande sei, sein Budget mit 12 Milliarden Papiermark, das sind drei Milliarden Goldmark, zu belasten. Das sei umso weniger möglich, da das deutsche Volk noch immer nicht den ganzen Umfang der von ihm geforderten Zahlung kenne. Die Bemühungen Bergmanns sind mit großem Geschick darauf gerichtet, einen Mittelweg zwischen dem System der gestaffelten Leistungen für einen Zeitraum von 30 Jahren und dem sofortigen System, das ist der Festlegung der festanzu leistenden Wiederherstellungen in Wachs und Bogen, zu finden. Die deutschen Delegierten werden in den nächsten Tagen den Gang der Verhandlungen in einem neuen Bericht an die Berliner Regierung wiedergeben.

Geld und Geld.

Bismarck erzählte, in seinem Verabschiedungsschreiben habe gestanden, der Kaiser wolle des Fürsten Rat auch in der Zukunft bedenken. Diese Höflichkeitsschöpfung sei jedoch nie in die Tat umgesetzt worden. Die Unterschrift seines Nachfolgers unter einem Staatspapier habe er nur einmal vor Augen gehabt, und zwar unter einer Entscheidung, die bestimmte, daß er — Bismarck — seinen am 1. Januar 1890 erhobenen Quartalsgehalt für die 11 Tage vom Datum seiner Entlassung am (20.—31. März) wieder zurückzahlen hätte. So schonungslos sparsam war man unter dem „Ruchselbenedigten alten Fürsten“. Das heutige Deutschland hat es dazu, großmütiger zu sein. In Preußen wurde beschlossen, daß alle Minister, die in der Verfassung verschwinden, als eine Art Erhaltungspenson noch ein volles Jahr hindurch das ganze Gehalt bekommen. Schon wenn ein Minister aus nur drei Monate lang im Amte war, wick ihm das ganze Gehalt nachgeworfen.

Verletzungen des Friedensvertrages.

Die deutsche Regierung hat gegen die von der Interalliierten Kommission in Opatow erlassenen Vorschriften für die Abstimmung in Oberschlesien bei der Volksabstimmung und den Regierungen in Paris, London und Rom eingehend begründeten Einspruch erhoben. — In der Note wird zunächst darauf hingewiesen, daß die unter dem 20. Dezember 1920 erlassenen Vorschriften den deutschen Bevollmächtigten in Opatow erst am 4. Januar 1921 übergeben worden sind. Diese Vorschriften seien erlassen worden, ohne daß über ihren Inhalt mit den deutschen Bevollmächtigten in Opatow oder einer in Oberschlesien vorhandenen Organisation der Deutschland zugehörigen Abstimmungsbevollmächtigten in Verbindung getreten wäre. Auch der von interalliierten Ausschuss genehmigte vorläufige Beirat sei unter Erwartung bei der Aufstellung der Abstimmungsbedingungen nicht beteiligt worden, während nach zuverlässigen Meldungen den Polen Gelegenheit gegeben worden sei, ihre Wünsche zum Ausdruck zu bringen. Die Note hebt dann hervor, daß die Abstimmungsbedingungen einige unmittelbare Verletzungen des Friedensvertrages enthalten, indem Bestimmungen, die sich als unbillig, einseitig gegen den deutschen Teil der Stimmberechtigten gerichtet darstellten und endlich solche, die technisch undurchführbar sind. In Anlagen wird eine Zusammenfassung der deutschen Forderungen zu den einzelnen Artikeln der Abstimmungsbedingungen nebst einer Denkschrift überreicht, in der die wichtigsten gegen die Abstimmungsbedingungen zu erhebenden Einwände dargelegt werden. Den Grundgedanken der Billigkeit und dem Geiste des Friedensvertrages widerspricht:

1. die Vorschrift, wonach diejenigen Personen, die auf Grund ihres Wohnortes zur Abstimmung berufen sind, nur dann stimmberechtigt sein sollen, wenn sie mindestens seit dem 1. Januar 1904 im Abstimmungsgebiet ununterbrochen wohnen. Diese Bestimmung begünstigt offensichtlich die Polen und benachteiligt viele Lehntaufende von Deutschen; die Vorschriften über die Eintragung in die Stimmlisten. Die Voraussetzungen, an die hier die Eintragung der in Oberschlesien geborenen, aber außerhalb wohnenden Stimmberechtigten und der in Oberschlesien wohnenden, aber außerhalb geborenen Stimmberechtigten geknüpft sind, können kaum anders gefaßt sein, wenn man es darauf abgesehen hätte, diesen Teil der Stimmberechtigten von der Abstimmung auszuschließen; 3. die für die verschiedenen Vorbereitungsarbeiten zur Volksabstimmung vorgesehenen Fristen, die völlig unzureichend sind; 4. die Vorschrift, daß alle Beamte von jeder Wirklichkeit in den zu wählenden Abstimmungsbehörden ausgeschlossen werden, die sich ausschließlich gegen die deutschen Interessen

richtet und 5. die Strafbedingungen. Die Note schließt: Die deutsche Regierung kann die „Vorschriften für die Abstimmung“, nicht als Grundlage für die Volks-Abstimmung in Oberschlesien im Sinne des Friedensvertrages anerkennen. Sie bittet, darauf hinzuwirken, daß sie einer Revision unterzogen werden.

Ausland.

London, 20. Jan. England beschäftigt sich durch Kreditgewährung an durch den Krieg wirtschaftlich ruinierte Staaten seinen Absatzmarkt zu erweitern.

Kopenhagen, 20. Jan. Ueber Riga wird aus Moskau berichtet, daß das Blatt der Rotenregierung „Iswestija“ bestätigt, daß trotz der getroffenen Sicherheitsmaßnahmen ein Attentat auf Lenin erfolgt ist.

Abtritt des belgischen Gouverneurs von Eupen-Malmedy.

General Baltica, der Gouverneur der jetzigen belgischen Kreise Eupen-Malmedy, hat einen dreimonatigen Urlaub angetreten und man behauptet, daß er auf seinen Posten nicht mehr zurückkehren werde.

Der Vorgang hängt anscheinend mit der aussergewöhnlichen Publikation eines gewissen Christien Sand zusammen, welcher während der Abstimmungsmonate von November 1919 bis September 1920 in belgischen Diensten gestanden hat und jetzt in einem Büchlein seine „Erfahrungen als belgischer Agent Propaganda in Eupen-Malmedy“ zum besten gibt. Herr Sand, als ausgesprochenes Vampyrchen, ist von den Belgiern mit gefüllten deutschen Dokumenten, zu denen sie die Stempel gestohlen hatten, versehen worden, hat sich so als angeblicher Vertrauensmann und Beauftragter belgischer Behörden an deutsche Bewohner in Eupen und Malmedy herangemacht, und sie hinterher, wenn sie sich als treue Deutsche entpuppten, je nachdem ausweisen oder verhaften lassen. Er hat jetzt auch Klade für eine in Brüssel verhängte Gefängnisstrafe seine Erkenntnisse veröffentlicht, um aller Welt zu zeigen, mit welchem Mitteln das Resultat bei der sogenannten Volksabstimmung in Eupen-Malmedy erzielt wurde.

Vernichtung der deutschen Schifffahrt ein englisches Kriegsspiel.

Daß es letzten Endes niedriger Konkurrenz war, weshalb England in den Krieg eintrat, geht neuerdings aus dem Feldzug hervor, den die englische Presse gegen die fast schifflos dastehenden deutschen Auswanderer-Schiffahrtslinien führt. Die Beweggründe zu diesem Kampf hat kürzlich der Leiter der Cunard-Linie, Sir Alfred Booth, recht unverblümt ausgesprochen. Seine Äußerungen, die eines näheren Kommentars nicht bedürfen, lauten wörtlich:

Wenn der Norddeutsche Lloyd und die Hapag tot sind, so geht doch mindestens ihr Geist noch um. Schon haben sie einen neuen Start gemacht. Das englische Publikum hört immer davon, daß der „Imperator“ unter englischer Flagge fährt, daß die „Waterland“ rattenzerfressen in Newyork liegt, daß die deutsche Dannebrogflotte auf ein Dreizehntel ihres Vorkriegsstandes reduziert ist, und siehe da — neun deutsche Schiffahrtslinien kündigen an, daß sie schon wieder in Dienst setzten ausgenommen haben. Sie fahren zwar mit kleinen gedackerten Schiffen oder benutzen amerikanische Reedereien, die zwar Schiffe, aber keine Erfahrung haben. Offenbar will aber Deutschland seinen alten Platz wieder einnehmen. Soll es dabei Erfolg haben? Das hängt allein von der englischen Energie ab. Wir sind die Sieger und wollen das Beste daraus machen. Es ist unser Ziel, für immer zum mindesten einen Teil des maritimen Arbeitssfeldes mit Beschlag zu legen, den Deutschland früher beackerte. Soweit wir es können, soll die deutsche Schifffahrt in Schach gehalten werden. Unsere Organisation ist fertig. Das wir brauchen sind Schiffe, und die Cunard-Linie baut sie.“

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 20. Jan. (Eingelandt.) Am letzten Sonntag hielt die kathol. Pfarrgemeinde ihre erste Weihnachtsfeier ab. Der schon vor Beginn mit Erwachsenen und Kindern übervoll besetzte „Bären“-Saal zeigte, welche großes Interesse dieser Feier allgemein entgegengebracht wurde. Alle Darbietungen des reichhaltigen und mannigfaltigen Programms waren auch ganz dazu angetan, die Erwartungen zu erfüllen und die Feier zu einem angenehmen Familienabend zu gestalten. Herr Stadtpfarrerwester Käßle wies in einer längeren Ansprache hin auf die allgemeine Bedeutung des Weihnachtsfestes, dieses einzigartigen Familienfestes, das seine geheimnisvolle Anziehungskraft ansäbe auf alle, namentlich alle jugendlichen und kindlichen Herzen. Er betonte, daß die Weihnachtsidee der Kindheit unserer Seele so unauslöschlich anhaften, daß auch das wechselvolle spätere Leben, auch das harte Leben der Jetztzeit, sie niemals ganz zu verwischen vermöge. Der alljährliche frohe Klang der Weihnachtslieder sie alle wieder in den Sinn des großen Geheimnisses und erfülle uns mit neuer Sehnsucht, das reine Glück und den süßen Frieden der vergangenen, seligen Kinderzeit unter dem Weihnachtsbaum nochmals zu verlieren. Er sprach dann wohl im Sinne aller christlich Denkenden, wenn er ausführte, daß der wahre Weihnachtsfriede nur denen zu teil werde, die Weihnachten nicht bloß äußerlich, sondern vor allem innerlich, d. h. mit tiefgläubigem Herzen an die groß-Gottestat feiern, die sich vor allem durchdringen lassen von der Kraft und Wahrheit des Christentums, von echt christl. Geiste und die diesen Neulichtes umgeben in Tat und Leben, in praktischem Christentum, das sich verheißt

Kunzeigenpreis
die einpaltige Beiträge oder deren Name 50 f bei Kunstbeiträgen durch die Geschäftsstelle 45 f extra.
Reklamo-Beitr. A. 1.20 bei größeren Aufträgen entsprech. Rabatt, bei (Falle des Nachvertrags) hinsichtlich wick.
Schluß der Kunzeigen-Annahme 10.10.00.
Preisnehmer Nr. 4. Für teils. Beiträge mit leinerelei Gewähr übernommen.



